

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3636-3638. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatslich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 124 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellschild

10 Pf. [16 Sp.] • Nr 30

Berlin
MITTWOCH, 18. JANUAR 1933

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsenteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Provision. Keine Verantwortlichkeit für die in unbestimmter Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

ABEND-AUSGABE

Bapen - Hitler - Schleicher

Geschäftiges Spiel hinter den Kulissen

Es ist zu verstehen, daß heute eine neue Zusammenkunft Bapen-Sitter stattgefunden, und daß unterdessen Sitter für heute auch eine Aussprache zwischen dem Reichsführer und dem nationalsozialistischen Führer erzwungen, die angeschlossen durch Sugenberg und Bapen vorbereitet worden ist.

Bapen geht in Berlin die Bemühungen um einen Friedensschluß zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten fort, die er in Köln begonnen hat. Die Aussprache zwischen Schleicher und Sitter ist wohl der letzte Versuch, Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum in einem Regierungsabstich zu vereinen, ohne der Regierung eine nationalsozialistische Spitze zu geben.

Es ist nicht leicht, das Gewirr von Verhandlungen und Sondierungen zu kontrollieren, die während der letzten Tage (mit und ohne Kenntnis der Öffentlichkeit) stattgefunden haben. Aber soweit sie zu übersehen sind, hat sich an der grundsätzlichen Einstellung der wichtigsten Faktoren nichts geändert: Der Reichspräsident ist nach wie vor nicht gewillt, Regierung und Verwaltung einer Partei, in diesem Falle den Nationalsozialisten, auszuliefern und Sitter ist, das muß man nach seinen jüngsten Erklärungen annehmen, noch weit davon entfernt, auf die Diktatur zu verzichten und sich in die Regierung einzufügen.

Unter diesen Umständen ist nicht zu erkennen, wie eine Unterhandlung zwischen Schleicher und Sitter, heute und in absehbarer Zeit, möglich sein soll. Man erwartet sie auch nicht und rechnet in den politischen Kreisen mit dem Konflikt. Es interessiert nur noch die Frage, ob dieser Konflikt parteimäßig „totalitär“ bleiben, d. h. nur zwischen Regierung und Nationalsozialisten ausgehen wird.

Von der Umliedung des Kabinetts Schleicher ist nicht mehr die Rede. Die darauf abzielenden Pläne sind vielleicht nicht aufgegeben, aber jedenfalls zurückgestellt worden. Die Deutschnationalen, die sie nicht zu vordrängen absichtlich, betonen seit einigen Tagen ausfällig für ihre oppositionelle Haltung gegenüber dem Kabinett Schleicher. Der „Deutsche Schneiderdienst“, der Sugenberg nahesteht, verkündet, daß immer mehr die Frage einer Neubildung in den Kreisen der Erörterungen steht. Aber er meint selbst, es sei bis dahin ein weiter Weg und es werde Zeit brauchen, bis man zu greifbaren Ergebnissen kommen wird.

„Und auf diesem Wege dürften dann nicht nur Befreiungen liegen, die sich mit dem parlamentarischen Ausschüßel besetzen, sondern auch Erörterungen, die den Artikel 54 der Reichsverfassung einmal ganz grundsätzlich unter die Lupe nehmen und nachprüfen, wie es zu wünschen einer endlich wieder fruchtbarer Arbeit mindestens beschränkt oder auch teilweise außer Kraft gesetzt werden kann.“

Artikel 54 der Reichsverfassung bestimmt, daß der Reichspräsident und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfen, daß jeder von ihnen zurücktreten muß, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß das Vertrauen entzieht. In dem Verfassungsreform-Plan des Freiherrn von Engel war eine Änderung dieses Artikels vorgesehen. Wie er aber ohne Verfassungsreform und ohne eine qualifizierte (Zweidrittel) Mehrheit des Reichstags in seiner Wirksamkeit beschränkt oder gar aufgehoben werden soll, das ist ein Rätsel.

Den Gedanken eines Verfassungsreforms, von dem selbst das Kabinett Bapen zurückgeköhrt ist, wird Schleicher sicherlich nicht erwidern. Es ist ihmmerhin zu beachten, daß die Deutschnationalen ihn wieder empfangen und, wenn auch nicht für die nächsten Wochen schon, auf die Möglichkeit zu jenem System autoritärer Regierungsführung hinarbeiten, wie sie es aufstellen.

Soweit die Deutschnationalen zwischen Nationalsozialisten und Regierung vermitteln, geschieht es offenbar mit dem Wunsch, einen Konflikt und Auflösung zu vermeiden, um während der nächsten Wochen um in einer zu einer Lösung zu kommen, die ihnen sympathisch wäre: eine Erziehung des Kabinetts Schleicher durch ein von ihnen beherrschtes Kabinett, das dort wieder anfängt, wo Bapen hat aufhören müssen. Das ist mit einer der Gründe, die das Zentrum dazu bestimmen, eine weitere Beratung des Reichstags abzulehnen. Im Augenblick herrscht auch die Meinung vor, daß der Merksternam bei 24. Januar bleiben wird. Zweifelhaft ist nur, ob Nationalsozialisten und Kommunisten wirklich befehlen werden, auf die Angelegenheit als ersten Punkt die Abstimmung über die M h r r a n s e n t r ä g e zu legen, so daß, nach dem Willen dieser „Ermehrtheit“ der Reichspräsident nicht dazu läme, die Programm-Entscheidung abzulegen.

Darüber wird man heute abend, nach der Aussprache Schleicher-Sitter, vermutlich mehr wissen. Bei politischen Verhandlungen ist, wie eine lange Erfahrung lehrt, das Ueberzeugungs-Moment nie ausgeglichen.

Theaterfrach

Seine Tragödie, die in den letzten Jahren auf einer Berliner Bühne aufgeführt wurde, kann sich an erschütternder Wirkung mit der Tragödie dieser Berliner Bühne selbst messen. Jetzt tritt aus Licht, was seit langer Zeit unsere verhängnisvolle Götze, unsere geistige Nacht war.

„In Warnung hat es nicht gefehlt. Wenn nun der überlaufende Konzepte der Theater-Bühnen zusammenbricht, so muß die unabhängige Presse das Verdienst beanspruchen, ihn von seinen Anfängen an, gegen allerlei einflussreiche Potentatoren, aufs Schärfste bekämpft zu haben. In dieser Stelle ist bereits vor neun Jahren ein Aufruf, „Der Notterische Geist“ erschienen. Darin heißt es: „Die Öffentlichkeit hat allmählich bemerkt, daß ihr Interesse an dem Spiele fehlt, wenn der Notterische Geist das gelamte Berliner Theatertreiben durchdringt. Auf den Geist allein kommt es an, und allen weiteren Betrachter sind darin einig, daß es sich hier um keinen guten Geist handelt. . . Er fehlt: aufmerksames Spähen nach den Intentionen des Publikums. Wesentlich, das heißt hier, was dem Wesen des Zuschauers schmeichelt. . . Seitdem hat das Unternehmen zum Trutz ausgedauert hat, muß die Gefahr einleuchten, die eine Ausdehnung dieses Betriebs bedeutet.“

Dieser Gefahr sind wir nicht entronnen. Das Unternehmen hat sich in sein Wagnis, Sinnlos ausgehend, und die Methoden, mit denen es geführt wurde, immer immer mehr zum rechten Wege ab. Zu manz Terminus Bühnen können nach Theater in einer Reihe von deutlichen Gesichtsbildern hinaus. So sollte sich ein Trutz aufbauen, dessen Unlöslichkeit schon darin zu spüren war, daß die Zuschauer in Verantwortung nicht übernehmen wollten. Bühnensinn an Bühnensinn gerecht, in Berlin, in Dresden, in Breslau, Operntheater und Operettentheater und fast jedes ein Strohmann als Konzeptionist — das war das Notterische System.

Wenn es jetzt zusammenbricht, während der eine seiner Führer, Alfred Notter, die Schmeißer Bergluft der Ideen in Berlin vorgeht, so gehört die Sympathie der Öffentlichkeit allen den Darstellern und Angestellten. Der Notterische Geist aber, das Notterische System ist offensichtlich ein für allemal am infamsten aus dem Berliner Kunstleben verjagt.

Die beiden Brüder Erik und Alfred Notter, schon als Studenten aus reichem Hause dem Theatertreiben verfallen, haben ihre peranturten Erbschaft stets mit Beeren vom Schlege der Goethe-Operette „Friedrich“ ertragen. Eri in der letzten Zeit, im Bündnis mit Robert Klein, zeigten sie Anläufe zu höherem Ehrgeiz. Aber schon vor Weihnachten hörte man gleiche Töne, nach einem heftigen Probenrauch, das Bündnis und der Ehrgeiz auf.

„Die Bösen sind wir los, das Böse ist geloben.“ Die Notters sind wir los, nun heißt es, den Notter-Geist auszutreiben. Er schwob über dem Bemühen, allen schlechten Instinkten des Publikums zu schmeicheln, er hat die Diktatur der falschen Rezipienten, die Stützungen des Erbarmens gelehrt. Auch der Einzug einer aufdringlichen Clique in die ersten Theater und damit die Verführung aller Entschieden am Premiereneben ist eine Frucht des Notterischen Systems.

Weiber trifft der Rückschlag nicht bloß die Schuldigen. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß das Schicksal der Privatbühnen von den Weibern, die aller Privatwirtschaft drohen, besonders heftig bedroht wird. Selbst Max Reinhardt ist gefahrter. Denn hat diese Entladung nicht aufpassen können. Deshalb hat die neue Verwaltung nicht aufpassen muß haben jene Nachfolger nach kurzer Zeit karntieren müssen, deshalb muß jetzt mit dem letzten Aufgebot aller Kräfte um die Sanierung des Deutschen Theaters gerungen werden.

Zur gleichen Zeit verliert das Staatliche Schauspielsystem, jüngstlos, ein Anhängel an den Opernbetrieb des Generalintendanten Tietjen, von Tag zu Tag an Bedeutung.

Es wird gleich möglich sein, künftigen Notters das Sandwert zu legen. Aber das Uebel liegt tiefer und muß im Kern, nicht am Symptom kurieren werden. Denn es steht aus, als ob der Strom zum Sturz gekommen sei, bei früher das Publikum in die Schauspielsysteme getrieben habe.

Auf und grade vom Publikum selbst ist die Schuld an dieser Erziehung dem ungeliebten kranken Bistattentieren zuzurechnen worden. Jedoch beweist das Schicksal des Schiller-Theaters, selbst es wieder ein Privatbetrieb geworden ist, das Gegenteil. Denn weder die Abkehr vom Starprinzip, noch die Wohlfeilheit der Preise hat Abkommen anleiten können.

Wo also liegt die Schuld? Am Unbenedensten findet es nicht. Eben erst hat Dr. Rudolf Beer nach dem Zusammenbruch seiner Direktion im Deutschen Theater das B u b i l i u m an-

Prinz Hienburg außer Verfolgung

Industrie-Celder für die Nationalsozialisten

Die Süßpreßereielle teilt mit: „Das Ermittlungsverfahren gegen den Oberleutnant a. D. Prinz Hienburg und den früheren badischen Rechtsanwalt Klein wegen Deutschvorgehens ist auf Antrag der Verteidigung durch Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingestellt worden. Die Einstellung erfolgte, weil der Einwand der Beschuldigten, aus politischen Motiven gehandelt zu haben, als nicht überlegbar angesehen wurde. Die Staatsanwaltschaft hat gegen diesen Beschluß vorzugslich Beschwerde eingelegt.“

Die Staatsanwaltschaft ließ damals erklären, über politische Hintergründe sei ihr gar nichts bekannt. Die Verteidiger des Prinzen erklärten auf Anfrage sich nicht äußern zu können, da Prinz Hienburg für durch ein Geheimwort gebunden blübe.

Am 23. November wiederholten wir unsere Behauptungen und teilten mit, daß eine Einstellung des Verfahrens — damals war von Amnestie noch nicht die Rede — von den zuständigen Stellen erzwogen werde. Die Justizbehörde bezieht diese Meldung als unwichtig. Jetzt endlich hat die Verteidigung ihre Karten aufgedeckt. Sie hat unter Berufung auf die politischen Hintergründe eine Einstellung des Verfahrens auf Grund der Amnestie erwirkt.

Es mag ihrem Wandanten damit einen Dienst erwiesen haben, sie hat aber auch der Öffentlichkeit mögliche Aufschlüsse gegeben. Es ist jetzt erwiesenermaßen, daß Prinz Hienburg für die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiter-Partei“ bei der Schwerindustrie Geld gesammelt hat, und daß dieses Geld, offensichtlich aus steuerlichen Gründen, getarnt über Frankreich nach Deutschland geflossen ist. Die Ueberzeugungsversuche helfen nichts mehr. Ueber wesentliche Geldquellen der Nationalsozialisten hat der Fall Hienburg eindeutige Klarheit gebracht!

Als am 13. Juli vorigen Jahres Viktor Salnator Prinz zu Hienburg und Dr. Klein verhaftet worden waren, es die „Wossische Zeitung“, die darauf hinwies, daß es sich bei den verhafteten 250 000 Mark um Gelder handelte, die Prinz Hienburg in Kreisen der deutschen Schwerindustrie für die Juli-Reichstagswahl zugunsten der Nationalsozialisten gesammelt habe. Das Geld war nach Frankreich gebracht worden und von dort über den Credit Alsace et Lorraine in Saarbrücken bei der dortigen Reichsbankfiliale überlesen worden. 90 000 Mark wurden beschlagnahmt.